



Mitgliederzeitung November 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf unserer kommenden Distriktsversammlung stehen zwei größere Themenblöcke auf der Tagesordnung. Einerseits wollen müssen wir einen Blick auf die für unsere SPD desaströs verlaufenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen werfen, andererseits müssen wir uns auf die nächsten große Herausforderungen vorbereiten! Die Wahlen zum Europaparlament und den Bezirksversammlungen in Hamburg am 26.05.2019. Wir sind aufgerufen unsere Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl der Bezirksversammlung Wandsbek zu benennen. Dies wollen wir auf der kommenden Distriktsversammlung machen. Weiterhin müssen in den Distrikten die „Besonderen Vertreterinnen und Vertreter“ zur Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bezirksversammlungswahl 2019 gewählt werden. Dazu bekommt ihr eine gesonderte schriftliche Einladung aus dem Kreisbüro zugesandt. Am 13. November werden wir auch kurz auf die Folgen der Landtagswahlen in Bayern und Hessen für die SPD eingehen. Abschließend möchte ich euch schon jetzt auf unsere traditionelle Ehrung mit gemeinsamen Grünkohlessen am Freitag, den 14. Dezember, hinweisen. Bitte meldet euch rechtzeitig an, damit wir entsprechend planen können.

Mit solidarischen Grüßen
Andreas Ernst



Distriktsversammlung SPD Bramfeld-Süd

Datum: 13. November 2018

Thema:

Wahl zur Vertreterversammlung
Wahl zur Bezirksversammlung 2018
Wahlen in Bayern und Hessen

Ort: BSV Treff, Ellernreihe 88



Uhrzeit: 19:00 Uhr

Achtung
frühere
Uhrzeit

Unsere Distriktsversammlungen finden grundsätzlich jeden 2. Dienstag im Monat statt. Ort ist meistens der BSV-Treff, Ellernreihe 88.

Termine:

Distriktsversammlung Dezember 2018

Datum: 11. Dezember 2019, 19:30 Uhr

Ort: BSV-Treff

Ehrung und traditionelles Grünkohlessen

Datum: 14. Dezember 2018, 19:00 Uhr

Ort: BSV-Treff



Grünkohlessen



Weitere Informationen zu diesem Tag findet ihr auf Seite 2 des Roten Dorfplatzes

Inhalt:



Ehrung und Grünkohlessen	Seite 2
Wahl Bezirksversammlung	Seite 2
LPT Bezirke	Seite 3
Rahmenplan Wandsbek	Seite 4
LPT Europawahl	Seite 5
Kommentar	Seite 5
90. Geburtstag	Seite 6
Analyse Bayernwahl	Seite 6
Analyse Hessenwahl	Seite 8

Impressum (V.i.S.d.P):

SPD Bramfeld-Süd
c/o Andreas Ernst
Seekamp 18
22177 Hamburg

Kontakt und Information:
SPD Bramfeld-Süd
www.spd-bramfeld.de

E-Mail:
sued@spd-bramfeld.de

Bramfeld-Süd

SPD



Ehrung und traditionelles Grünkohllessen

Liebe Genossinnen und Genossen,

das Jahr 2018 neigt sich dem Ende zu und unsere traditionelle Jubilarsehrung mit anschliessendem Grünkohllessen wirft ihren Schatten voraus. In gemütlicher Runde lassen wir das Jahr passieren und feiern unsere Jubilare.

Bei dem traditionellen Weihnachtsessen, könnt ihr zwischen Grünkohl mit Kassler und Wurst oder einem vegetarischem Bauerfrühstück wählen. Bitte gebt euren Essenwunsch bei der Anmeldung mit an Der Eigenbeitrag pro Person beläuft sich, wie die letzten Jahre, auf 7,- Euro.

Ehrung und traditionelles Grünkohllessen

Datum: Freitag 14. Dezember 2018

Kostenbeitrag: 7,- Euro p.P.

Bitte Anmeldung nicht vergessen!

Meldet Euch bitte mit Angabe des Essenswunsches bis zum 7. Dezember 2018 an unter andreas.richard.ernst@web.de oder unter telefonisch unter 0172 5421884.



Ehrung

SPD

Wahl zur Bezirksversammlung 2019

Von: Andreas Ernst

Die Wahl der Bezirksversammlungen findet am 26. Mai 2019 mit der Wahl zum Europäischen Parlament statt.

Die Kandidierenden zur Wahl zu den Bezirksversammlungen können seit dem 01. Juli 2018 aufgestellt werden. Bezirkslisten und Wahlkreislisten müssen bei den Bezirkswahlleitungen **bis zum 19. März 2019, 16:00 Uhr** eingereicht werden.

Wählbar sind alle Unionsbürger (deutsche und ausländische), die am Wahltag,

- das 18. Lebensjahr vollendet haben,
- seit mindestens drei Monaten im Gebiet der Freien und Hansestadt Hamburg eine Wohnung innehaben oder sich sonst gewöhnlich aufhalten,
- Einwohnerin oder Einwohner des Bezirks sind und
- nicht von der Wählbarkeit (nach § 7 BezV-WG) ausgeschlossen sind.

Das Wahlalter 16 gilt nur für das aktive Wahlrecht (Wählerinnen und Wähler), nicht für das passive Wahlrecht (Kandidierende). In einem Wahlvorschlag einer Partei oder Wählervereinigung kann nur benannt werden, wer in einer Mitglieder- oder Vertreterversammlung in geheimer Abstimmung hierzu gewählt worden ist. Die an der Aufstellung einer **Bezirksliste** teilnehmenden Personen müssen (Zeitpunkt des Zusammentritts der Mitglieder- oder Vertreterversammlung) zur Bezirksversammlung wahlberechtigt sein (also auch Einwohnerin bzw. Einwohner des Bezirks sein). Auf Bezirkslisten dürfen höchstens 60 Personen benannt sein. In einer **Wahlkreisliste** benannte Personen müssen in einer Mitgliederversammlung (keine Vertreterversammlung möglich) einer Partei oder Wählervereinigung gewählt werden. An der Abstimmung dürfen nur Mitglieder teilnehmen, die im jeweiligen Bezirks-Wahlkreis wahlberechtigt sind. Mit der Änderung des Bezirksversammlungswahlgesetzes vom 14. Mai 2018 (HmbGVBl. 119) wird es Parteien und Wählervereinigungen ermöglicht, die Aufstellung der Wahlkreiskandidierenden für bis zu drei benachbarte Wahlkreise eines Bezirkes in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung zu wählen. Die betreffenden Wahlkreise einer gemeinsamen Mitgliederversammlung müssen ein räumliches Gebiet bilden. Auf den einzelnen Wahlkreislisten dürfen höchstens doppelt so viele Personen aufgeführt sein, wie Sitze im jeweiligen Wahlkreis zu vergeben sind. Parteien und Wählervereinigungen dürfen sowohl eine Bezirksliste als auch eine Wahlkreisliste einreichen. Einzelbewerbende können in einem beliebigen Wahlkreis des Bezirks, in dem sie wohnhaft sind, kandidieren, sofern sie zur Bezirksversammlung wählbar sind.

Wahlkreis 4 Bramfeld-Süd/Steilshoop

Steilshoop sowie von Bramfeld das südwestliche Gebiet mit der Grenze gegen den Wahlkreis 3 (Farmen-Berne, Bramfeld-Nordan der Berner Chaussee



Die Bezirksversammlungen entscheiden, wo in ihren Bezirken was passiert. Sie achten darauf, dass die Interessen der Bürgerinnen und Bürger bei allen Planungen und Vorhaben, die die Interessen der Menschen berühren und für die die Bezirksämter zuständig sind, angemessen berücksichtigt werden. Die Bezirkspolitikerinnen und Bezirkspolitiker in Hamburg regeln also lauter Angelegenheiten, die direkt vor unserer Haustür passieren und unseren Alltag beeinflussen. Das Besondere in einem Stadtstaat wie Hamburg ist: Es gibt keine kommunale Ebene wie in den Flächenbundesländern, wo Gemeinden, Kreise und Städte eigenverantwortlich die örtlichen Angelegenheiten regeln. Die Gemeinden, Kreise und Städte können z. B. Gebühren und örtliche Steuern erheben und entscheiden so auch über ihre Einnahmen. In Hamburg dagegen gibt es sieben Bezirke: Das sind Hamburg-Mitte, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Nord, Wandsbek, Bergedorf und Harburg. Alle Bezirke haben eigene Verwaltungen, die Bezirksämter. Diese sind Verwaltungseinheiten der Freien und Hansestadt Hamburg und keine kommunalen Selbstverwaltungen so wie die Gemeinden in den Flächenbundesländern. Die einzelnen Bezirksämter haben eigene demokratische Vertretungen. Die Bezirksversammlungen. Diese werden vom Volk gewählt.



Wichtig ist aber: Die Bezirksversammlungen sind keine Parlamente, sondern gewählte Verwaltungsausschüsse. Anders als die Hamburgische Bürgerschaft verabschieden die Bezirksversammlungen deshalb auch keine Gesetze, denn sie gehören der Exekutive an – also der ausführenden Gewalt, die die Gesetze umsetzt. Es gehört zur jahrhundertelangen Tradition Hamburgs, Bürgerinnen und Bürger nicht nur über das Parlament (Bürgerschaft) entscheiden zu lassen, sondern auch an der Ausführung der Verwaltung zu beteiligen. In dieser Tradition stehen die Bezirksversammlungen. Die Bezirksversammlungen erfüllen also Aufgaben der Verwaltung. Dabei können die Bezirksversammlungen Entscheidungen zu den meisten Themen treffen, für die die Bezirksämter zuständig sind. Bei der Wahl der Bezirksversammlungen sind die Bezirke – wie Hamburg bei der Bürgerschaftswahl –



Bildquelle: www.hamburg.de

in Wahlkreise eingeteilt. Die Wahlkreise werden von der Bürgerschaft auf Vorschlag der unabhängigen Wahlkreiskommission festgelegt. Die Einteilung erfolgt dabei unabhängig von der für die Bürgerschaftswahl. Daher ist die Anzahl der Wahlkreise unterschiedlich: Statt der 17 Wahlkreise bei der Bürgerschaftswahl gibt es bei der Wahl zu den Bezirksversammlungen insgesamt 54 Wahlkreise, nämlich jeweils sieben in den Bezirken Altona, Hamburg-Nord und Bergedorf, jeweils acht in Hamburg-Mitte, Eimsbüttel und Harburg und sogar neun in Wandsbek. In jedem Wahlkreis werden drei bis fünf Bezirksversammlungsmitglieder gewählt. So soll gewährleistet werden, dass alle Gebiete eines Bezirkes politisch in der Bezirksversammlung vertreten sind. Ansonsten gelten die gleichen Regeln wie bei der Bürgerschaftswahl. Wie setzen sich die Bezirksversammlungen Wandsbek also zusammen? In Wandsbek gibt es insgesamt 57 Sitze, davon 24 Sitze über die Bezirkslisten und 33 über die Wahlkreislisten. Im Wahlkreis 4 Bramfeld-Süd/Steilshoop werden 4 Sitze verteilt.

Landesparteitag Bezirke

Von: Andreas Ernst

Auf einem Landesparteitag in Wilhelmsburg am 20. Oktober haben unsere Delegierten die inhaltlichen Grundlagen für die Bezirksversammlungenwahlen im Mai 2019 beschlossen. Die 326 Delegierten beschlossen einstimmig den Leitantrag "Stadt und Bezirke – gemeinsam für ein starkes Hamburg", der den Rahmen für den Wahlkampf und die Wahlprogramme in den Bezirken abstecken soll. Zuvor hatte unsere Landesvorsitzende Melanie Leonhard in ihren Eröffnungsworten das Ziel formuliert, Hamburg weiterentwickeln und sich der Frage zu stellen: "Was braucht es, damit wir alle gut in Hamburg leben können?" Es muss uns also darum gehen,



dies mit einer positiven Perspektive für die Stadt zu verbinden. Uns muss es darum gehen, dass Hamburg vorne bleibt und weiter vorankommt. Und das für alle Menschen in dieser Stadt, egal wo sie wohnen. Dabei wies sie auch ausdrücklich auf die bundesweite Situation der Sozialdemokratie hin, vor allem nach der Landtagswahl in Bayern. Eine engagierte Grundsatzrede zum Thema "Moderne Großstadtpolitik für Hamburgs Bezirke" lieferte Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD). "Wir können wachsen, ohne dass Hamburg seinen Charakter verliert", sagte Tschentscher. Er stellte die Erfolge der Landesregierung in der Stadt, wie in den Bezirken in den Vordergrund und sagte: "Wir stehen für ein starkes, wirtschaftlich attraktives Hamburg. Wir werden das Wachstum der Stadt positiv gestalten, mit einer besseren Lebensqualität für alle - ohne das jemand auf der Strecke bleibt." Bei Schulen, Kitas und beim Wohnungsbau sei Hamburg vorbildlich - auch im bundesweiten Vergleich. Die überwiegende Mehrheit der mehr als 300 Delegierten signalisierte eine positive Stimmung für SPD in Hamburg. Nur wenige Stimmen betonten die existenzielle Krise der Partei und warnten, Hamburg könne sich nicht vom Bundestrend abkoppeln. Die Wahl der Bezirksversammlungen findet am 26. Mai 2019 zusammen mit der Europawahl statt. Daher sind wir alle aufgefordert im kommenden Wahlkampf die Ärmel hoch zu krempeln. Denn die Wahl zu den Bezirksversammlungen ist auch ein Stimmungstest für die Bürgerschaftswahl 2020.

Deswegen soll mit einem Rahmenplan für Wandsbek ein gesellschaftlich und politisch breit getragenes Grundgerüst für die städtebauliche, ökologische, soziale und verkehrliche Entwicklung unseres Bezirkes schaffen. Aufgrund der steigenden Bevölkerungszahlen wird der Druck auf die vorhandenen Flächen des Bezirkes von allen Seiten steigen. Aufgabe der Stadtplanung wird es zukünftig sein, jede Fläche so sinnvoll zu nutzen, dass der bestmögliche Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Bedarfen geschaffen wird. Eine breite öffentliche Diskussion wird die Entstehung des Rahmenplanes begleiten. Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern von Politik und Verwaltung, Vereinen, Verbänden und Institutionen wollen zum Auftakt gemeinsam Ideen für eine positive Entwicklung des Bezirkes sammeln. In diesem Prozess soll auch auf die Erkenntnisse aus vorhandenen Studien, wie dem ausführlich in der Öffentlichkeit diskutierten WandsbekImpuls oder dem Wandse-Gutachten zurückgegriffen werden. Aus den Ergebnissen der Auftaktveranstaltung sollen die Themenschwerpunkte für den Entwurf des Rahmenplanes herausgearbeitet werden. Der so entstandene Entwurf soll erneut öffentlich diskutiert und schließlich durch die Bezirksversammlung beschlossen werden. Der Rahmenplan soll im Dialog mit den Wandsbekern und Wandsbekern entstehen, gemeinsam mit allen Interessierten wird so auf breiter Beteiligungsprozesse über die Grundzüge der Entwicklung unseres Bezirkes gemeinsam diskutiert und plant.

Rahmenplan für den Bezirk

Von: **Christine Krah** / **Heinz Plezia**

Für den Bezirk Wandsbek soll auf Initiative der Wandsbeker Regierungskoalition ein bezirklicher Rahmenplan entwickelt werden, der für die Themenbereiche Wohnen, Verkehr, soziale Infrastruktur, Umwelt, Natur und Grünflächen Vorgaben für die Entwicklung des Bezirkes macht. Wandsbek ist ein wachsender Bezirk, sowohl für den Wohnungsbau, soziale Zwecke, Sport, Freizeit, Naherholung, Landwirtschaft und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen werden Flächen benötigt, das stellt die Bezirkspolitik vor enorme Herausforderungen



FRAKTION IN DER
BEZIRKSVERSAMMLUNG
WANDSEB





Europawahl

Von: Andreas Ernst

SPD Hamburg zieht mit Fleckenstein in die Europawahl

Für Hamburg. Für Europa.

Wir Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ziehen erneut mit Knut Fleckenstein an der Spitze in die Europawahl im kommenden Jahr. Auf einem außerordentlichen Landesparteitag im Bürgerhaus Wilhelmsburg wurde Knut mit großer Mehrheit zum Kandidaten für den vorderen der beiden Hamburger Plätze auf der SPD-Bundesliste gewählt. Mehr als 97 Prozent der 264 Delegierten stimmten für ihn. Es gab lediglich drei Nein-Stimmen. In seiner Rede warb Knut für ein solidarisches und gerechtes Europa. "Wer dem globalen Kapitalismus Regeln geben will, der muss für eine starke EU sein". Die sozialdemokratische Antwort der Partei auf Donald Trumps "America First" sollte daher "Europe United" lauten. Knut Fleckenstein vertritt die SPD der Hansestadt bereits seit 2009 im Europaparlament und ist außenpolitischer Sprecher der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten. Als Kandidatin für den zweiten Hamburger Listenplatz trat die ehemalige Bürgerschaftsabgeordnete Sabine Steppat an. Die Europawahl findet im nächsten Jahr am 26. Mai statt. Zu Beginn des Landesparteitages hatte die unsere Landesvorsitzende Melanie Lenohard unsere Mitglieder aufgefordert, für ein starkes Europa zu kämpfen. Es gebe zunehmend viele Menschen, "für die die Europäische Union im besten Fall nichts bedeutet und die im schlimmsten Fall aktiv daran mitwirken wollen, diese Staatengemeinschaft voneinander zu trennen". Deutschland profitiere seit Jahrzehnten von Europa. Die EU habe "wesentlich damit zu tun, dass wir in Frieden und Freiheit leben", sagte Leonhard. Sie habe zudem wesentlich zur wirtschaftlichen Stärke Deutschlands beigetragen. Daher müssen den Menschen klargemacht werden, was auf dem Spiel steht, nichts weniger als "sich das Erreichte nicht von Parteien wegnehmen zu lassen, die in Wahrheit nichts anderes vorhaben, als die Union rückabzuwickeln." Als Gast bei dem Parteitag in Wilhelmsburg stimmte der EU-Vizekommissionspräsident Franz Timmermanns die Delegierten auf den Europawahlkampf in Zeiten eines erstarken Rechtspopulismus ein. Europa lebe von Idealen, "aber was uns auch prägt als Europäer ist, dass wir nie immun sind gegen Hass", sagte der Niederländer. Rechtspopulisten schürten diesen Hass und schlugen daraus Kapital. Das führe dazu, dass so mancher aus den etablierten Parteien versuche, es ihnen nachzumachen. "Es gibt aber kei-

ne Möglichkeit, die Sorgen von den Menschen wegzunehmen, die rechtsradikal sind, indem man selbst rechtsradikal wird", so Timmermanns. Bei der Europawahl 2014 war die SPD in Deutschland mit 27,3 Prozent zweitstärkste Kraft hinter der Union geworden und hatte 27 Abgeordnete ins Europaparlament gebracht. Knut Fleckenstein stand damals auf Platz 19 der SPD-Liste.



Bildquelle: www.spd-hamburg.de

Kommentar Knut Fleckenstein

Mit großer Freude kann ich mitteilen, dass ich im kommenden Jahr erneut als Hamburger SPD Kandidat zur Europawahl antreten werde. Mit einer überwältigenden Mehrheit von 97,34 Prozent der Stimmen wurde ich am Freitag auf dem Landesparteitag der Hamburger SPD hierfür nominiert. Ganz herzlich möchte ich mich für das Vertrauen bedanken und freue mich auf den Wahlkampf, den wir nächstes Jahr entschlossen führen werden. Einen herzlichen Dank auch an den Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Frans Timmermanns, der uns auf dem Landesparteitag Mut für den Europawahlkampf gemacht hat. Hamburgs Unterstützung für die Spitzenkandidatur der europäischen Sozialdemokratie hat er. Seit neun Jahren bin ich nunmehr Ihr Abgeordneter im Europäischen Parlament. Seit neun Jahren mache ich mich für die Interessen der Hamburger Bürgerinnen und Bürger stark. Seit neun Jahren vernetze ich Hamburg und Brüssel. Und das werde ich auch gerne in der nächsten Legislaturperiode fortführen. Denn was auf europäischer Ebene passiert, ist von großer Bedeutung für uns in Hamburg. In den letzten 70 Jahren hat die EU uns Frieden und Sicherheit, einen gemeinsamen Binnenmarkt, die Freiheit



in fast ganz Europa zu reisen und zu arbeiten, bessere Bildungschancen, Gleichheit und einen starken Euro gebracht - all das würde es ohne die Europäische Union so nicht geben. Diese Erfolge gilt es zu festigen und weitere, neue Ziele anzustreben, denn gemeinsam können wir in Europa viel erreichen. Wir müssen aber auch bereits Erreichtes beschützen, da heute die Demokratie und eine offene, tolerante Gesellschaft von mancher Seite wieder vermehrt angegriffen werden. Beschützen müssen wir unser Europa und seine Errungenschaften vor denjenigen, die in vielen europäischen Mitgliedstaaten Stimmung machen gegen unsere freiheitlich-demokratischen Werte und die EU. Vor denjenigen, die Ausländerfeindlichkeit und rechts-extremes Gedankengut wieder offen zeigen oder hoffähig machen wollen. Denen müssen wir Einhalt gebieten. Deshalb lasst uns zusammen bei der nächsten Europawahl im Mai 2019 für ein soziales und demokratisches Europa stimmen!



Bildquelle: www.knut-fleckenstein.eu

Der 90. Geburtstag

Von: Jens Schwieger/Andreas Ernst

Liebe Genossinnen und Genossen, am 5. Oktober feierte unsere Genossin Ingrid Seeler ihren 90. Geburtstag. Der SPD-Distriktsvorstand möchte Ingrid Seeler an diesem besonderen Ehrentag zu gratulieren und ihre Verdienste für die Hamburger Sozialdemokratie würdigen. Ingrid Seeler (geb. Burghardt) wurde am 5.10.1928 in Hamburg geboren. Nach dem Abitur studierte Ingrid Burghardt Romanistik, Anglistik, Philosophie und Pädagogik. Von 1954 bis 1956 arbeitete sie als Austauschlehrerin in Frankreich. 1958 folgte die Promotion. Von

1957 bis 1961 unterrichtete sie als Studienassorin an der Peter-Petersen-Schule in Hamburg. Sie heiratete den späteren Hamburger Senator Hans-Joachim Seeler (verst. 22.09.2015). Nach der Geburt ihres dritten Kindes quittierte sie den Schuldienst. Insgesamt wurde sie Mutter von vier Kindern. Von 1965 an wurde sie Dozentin an der Volkshochschule Hamburg und von 1966 bis 1982 gehörte sie dem Vorstand der Volkshochschule an. Ingrid Seeler's politische Heimat liegt in unserem Distrikt, in Bramfeld-Süd. Hier war Ingrid von 1972 bis 1978 Vorsitzende und gehörte damit dem SPD-Kreisvorstand Wandsbek an. Von 1966 bis 1970 war sie Mitglied in der Deputation der Jugendbehörde. Von 1974 bis 1986 wurde Ingrid Seeler als Abgeordnete in die Hamburger Bürgerschaft gewählt. Ihr Engagement galt vor allem der Jugend- und Kulturpolitik. Auch nach ihrem Ausscheiden aus der Bürgerschaft arbeitete sie ehrenamtlich in einer Reihe von Institutionen mit. Liebe Ingrid, Dein Distrikt wünscht Dir alles, alles Gute.



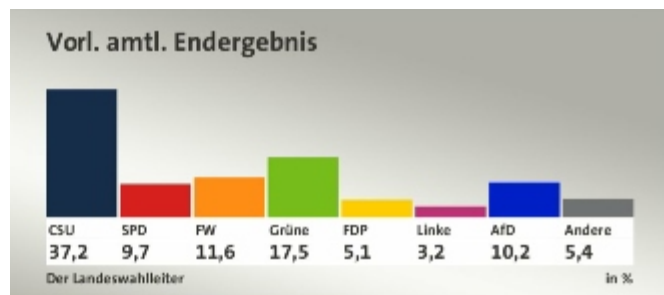
Hans-Joachim und Ingrid Seeler
Bildquelle: www.wikipedia.de

Analyse zur Bayern-Wahl

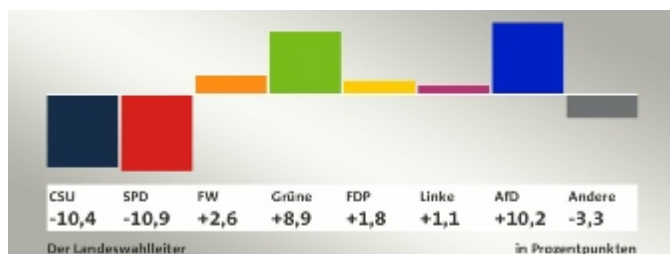
Von: Frank Karrenberg

Eine Kurzanalyse aufgrund von infratest-dimap-Daten

Schauen wir auf die zunächst auf die CSU. 89 Prozent der Bayern empfinden die wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut - ein Rekordwert. Und gut drei Viertel der Bayern sagen, die CSU hat



dem Land über Jahrzehnte gut getan. Aber warum hat die CSU dann das schlechteste Ergebnis seit sechs Jahrzehnten eingefahren? Da wären zum einen die Themen, die für die Wahlentscheidung der Menschen wichtig waren. Hier fällt auf: Die Wirtschaftspolitik, ein Feld in dem der CSU große Kompetenzen eingeräumt werden, war diesmal kein Thema. Während Arbeitslosigkeit bei früheren Wahlen oft eine wichtige, manchmal sogar eine herausragende Rolle für die Wahlentscheidung gespielt hat, hatte sie diesmal so gut wie keine Bedeutung. Erklärlich, schließlich herrscht in vielen Regionen Bayerns nahezu Vollbeschäftigung. Ganz oben standen andere Themen: Umwelt, bezahlbarer Wohnraum und Bildung - Themen, die nicht als CSU-Kompetenz gelten, oder bei denen die CSU in der Vergangenheit Vertrauen verspielt hat. Und das Thema, auf das die CSU lange Zeit massiv gesetzt hatte, hat die Wähler offenbar auch nicht mobilisiert, sondern eher gespalten: Die Flüchtlingspolitik war nur für ein Drittel der Wahlberechtigten wichtig. Und 70 Prozent finden, dass die CSU zu sehr auf dieses Thema gesetzt und andere Themen vernachlässigt hat. Selbst von den CSU-Anhängern sehen das 51 Prozent so. Richtig deutlich werden die Probleme der CSU, wenn man sich Umfragen zu ihren Spitzenpolitikern und deren aktuellen Politikstil ansieht: 55 Prozent der Wahlberechtigten sagen, die CSU suche zu oft Streit. Und offenbar hat das viele frühere CSU-Anhänger dazu gebracht, ihr Kreuz diesmal woanders zu machen. Denn von deren ehemaligen Wählern stören sich sogar 63 Prozent an der "Streitlust". Verantwortlich gemacht für den schlechten Zustand der CSU wird neben Ministerpräsident Markus Söder und Kanzlerin Angela Merkel vor allem CSU-Chef Seehofer. 65 Prozent werfen Seehofer vor, dass es ihm nicht mehr um Sachpolitik geht, sondern vor allem um sich selbst. Und selbst von den CSU-Wählerinnen und -Wählern sieht das noch knapp die Hälfte so.

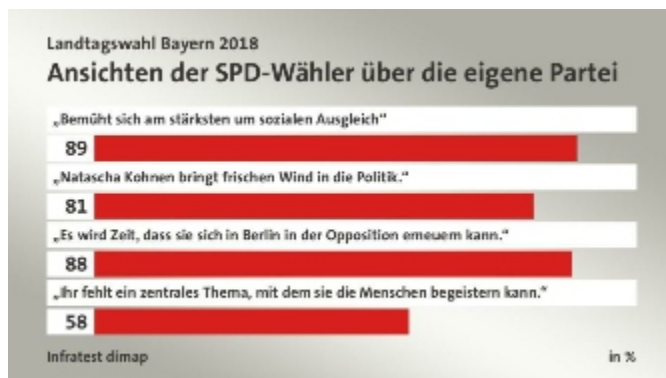


Verloren hat die CSU übrigens bei praktisch allen Bevölkerungsgruppen - und das zweistellig. Das gilt auch für unsere SPD in Bayern, die allerdings von einem deutlich niedrigeren Niveau kam und sich im Landtag daher nur noch als "einstellige Partei" wiederfindet. Wichtiger Faktor für ihren Absturz: Selbst bei ihren Kernthemen - wie etwa der sozialen Gerechtigkeit - wird sie als deutlich weniger kompetent wahrgenommen als bei der vorangegangenen Wahl. Die bayerische Spitzenkandidatin Natascha Kohnen kam zwar vergleichsweise gut an, reicht aber nicht an die Beliebtheit von Christian Ude heran, mit dem die SPD 2013 ins Rennen gegangen war. Großes Problem der SPD: Viele wissen nicht, wofür die Partei derzeit steht. Und fast 80 Prozent sagen, der SPD fehlt ein zentrales Thema, mit dem sie die Menschen begeistern kann. Selbst von den SPD-Wählern sehen das 58 Prozent so. Ganz anders die Lage bei den Grünen. Bei ihnen ist klar, wofür sie stehen. In ihren Kernbereichen - Naturschutz, Umwelt- und Klimapolitik - werden ihnen durchweg hohe Kompetenzen zugeschrieben. Und eben diese Themen wurden bei der aktuellen Wahl von vielen Wählern eine hohe Bedeutung zugemessen. Auch ihre klare Haltung beim Thema Flüchtlinge kommt gut an. 59 Prozent - egal ob sie dann grün gewählt haben oder nicht - sagen: Es ist gut, dass sich die Grünen für eine humane Asylpolitik einsetzen. Und fast ähnlich so viele sagen: Die Grünen verteidigen Werte, die mir wichtig sind. Von ihren Spitzenkandidaten, über deren Auftritte im Vorfeld der Wahl viel berichtet worden war, profitierten die Grünen übrigens nur bedingt. Grünen-Wähler entschieden sich in erster Linie aufgrund der Sachpolitik. Für 72 Prozent war das der entscheidende Faktor - ein deutlich höherer Wert als bei CDU oder SPD. Die Spitzenkandidaten waren nur für 13 Prozent ausschlaggebend, bei elf Prozent die langfristige Parteibindung. Vor allem fällt bei den Grünen ein großer Gegensatz zur SPD





auf. Die eigenen Anhänger sind mit der Politik der Partei im Reinen: Hier gibt es bei vielen Aussagen hohe Zustimmungswerte - bei der Frage mit den Werten sogar nahe der 100-Prozent-Marke. Und sind die Grünen nach wie vor eher eine Partei, die vor allem in Großstädten gewählt wird? Grundsätzlich ja. Allerdings konnten sie auch auf dem Land zulegen. Und bei der Frage, welche Partei am ehesten die Interessen des ländlichen Raums vertritt, sagen immerhin 16 Prozent der Bayern: die Grünen. Das sind nur vier Prozentpunkte weniger als bei den Freien Wählern, die lange Zeit das Image einer "Land-Partei" hatten. Auch die Freien Wähler zählen zu den Gewinnern dieser Wahl und konnten in fast allen Bevölkerungsgruppen leicht zulegen. Sie scheinen eines der großen Auffangbecken für politisch Unzufriedene zu sein: 51 Prozent sagen, sie hätten die Freien Wähler vor allem aus Enttäuschung über andere Parteien gewählt. Das ist ein Wert, der nur bei der AfD noch höher liegt. Auffällig bei den Freien Wählern ist auch: Mehr als die Hälfte ihrer Wähler hat sich erst am Wahltag oder einem der Tage davor entschieden. Die AfD



zieht in Bayern nun in den 15. Landtag ein - allerdings mit einem Ergebnis, das unter den 12,4 Prozent liegt, die sie dort bei der Bundestagswahl bekommen hatte. Ihre Wähler haben sich überwiegend schon sehr früh festgelegt - und für sie waren Sachthemen der entscheidende Grund. Gesetz hatte die AfD auch in Bayern praktisch nur auf ein Thema: Flüchtlinge. Bei ihrer eigenen Klientel kam das an: 78 Prozent der AfD-Wähler sagen, die Asylpolitik war wichtig für ihre Entscheidung.



Analyse zur Hessen-Wahl

Von: Frank Karrenberg

CDU und SPD sind die großen Verlierer der Hessenwahl.

Eine Kurzanalyse aufgrund von infratest-dimap-Daten

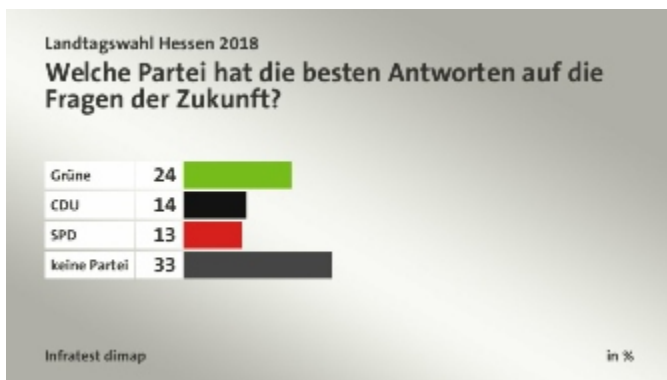
Mit der Landtagswahl in Hessen kam die nächste Schockwelle für uns. Die beiden Parteien der „Großen Koalition“ sind auch die großen Verlierer der Hessenwahl. Beide verloren Stimmanteile im zweistelligen Bereich. Thorsten Schäfer-Gümbel Spitzenkandidat der SPD, sprach von einer "wirklich bitteren Niederlage". Dem vorläufigen Endergebnis zufolge liegen die Sozialdemokraten mit 19,8 Prozent gleichauf mit den Grünen, wobei diese 94 Stimmen Vorsprung haben. Für die CDU ist es hingegen noch etwas glimpflicher ablaufen. Zwar nicht im Bereich der Verluste aber für ein erneutes schwarz-grünes Bündnis unter Führung der CDU gäbe es eine sehr knappe Mehrheit im Wiesbadener Landtag. Möglich rechnerisch auch ein Ampelbündnis aus Grünen, SPD und FDP, ebenso eine Jamaikakoalition aus CDU, FDP und Grünen. Nach einer ersten Analyse verlor die CDU viele Stimmen ausgerechnet an den eigenen Koalitionspartner. Ein Trend, der sich spätestens nach der Bayernwahl vor gut zwei Wochen abzeichnete: die Grünen im Höhenflug. Doch auch die AfD profitierte, vor allem von der Enttäuschung der Wähler über die Arbeit der anderen Parteien. Mehr als



100.000 Bürger in Hessen, die sich 2013 noch für die CDU entschieden hatten, stimmten dieses Mal für die Grünen - ohne dass es in die umgekehrte Richtung eine nennenswerte Verschiebung gab. Bei der SPD fallen die Verluste an die Grünen mit 142.000 Wählern noch deutlicher aus. Beide Volksparteien verloren auch an alle anderen Parteien Stimmen. Die CDU bekommt nur von der SPD mehr Wähler, als sie an diese verliert. Das geht aus der Analyse zur Wählerwanderung von Infratest



dimap hervor. Das Wahlforschungsinstitut berechnet sie anhand eigener Befragungen und amtlicher Statistiken. Die Werte sind eine grobe Größenordnung dafür, wie viele Wähler im Vergleich zur vergangenen Wahl von und zu einer Partei ab- oder zugewandert sind. Demnach kann die SPD nur 44 Prozent ihrer Wähler von 2013 halten und kaum andere Wähler für sich gewinnen. Viele ehemalige CDU- und SPD-Wähler gingen diesmal nicht zur Wahl, während alle anderen Parteien ehemalige Nichtwähler in mindestens kleinem Umfang mobilisieren konnten. Die AfD zieht nach der Wahl vom Sonntag mit 13,1 Prozent der Stimmen auch in den hessischen Landtag ein und ist damit bundesweit in allen Landtagen vertreten. Sie profitierte vor allem von vormaligen CDU-Wählern. 96.000 von ihnen entschieden sich dieses Mal für die AfD. Damit lockte die Partei 2018 mehr ehemalige CDU-Wähler, als sie bei der letzten Hessenwahl überhaupt gewonnen hatte. Auch die SPD verlor an die AfD,



dimap hervor. Das Wahlforschungsinstitut berechnet sie anhand eigener Befragungen und amtlicher Statistiken. Die Werte sind eine grobe Größenordnung dafür, wie viele Wähler im Vergleich zur vergangenen Wahl von und zu einer Partei ab- oder zugewandert sind. Demnach kann die SPD nur 44 Prozent ihrer Wähler von 2013 halten und kaum andere Wähler für sich gewinnen. Viele ehemalige CDU- und SPD-Wähler gingen diesmal nicht zur Wahl, während alle anderen Parteien ehemalige Nichtwähler in mindestens kleinem Umfang mobilisieren konnten. Die AfD zieht nach der Wahl vom Sonntag mit 13,1 Prozent der Stimmen auch in den hessischen Landtag ein und ist damit bundesweit in allen Landtagen vertreten. Sie profitierte vor allem von vormaligen CDU-Wählern. 96.000 von ihnen entschieden sich dieses Mal für die AfD. Damit lockte die Partei 2018 mehr ehemalige CDU-Wähler, als sie bei der letzten Hessenwahl überhaupt gewonnen hatte. Auch die SPD verlor an die AfD,



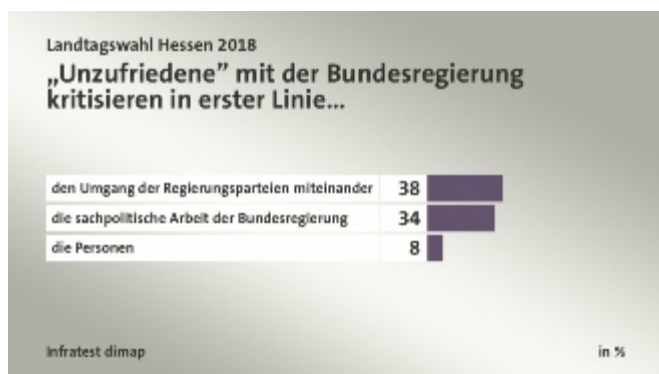
allerdings deutlich weniger als die Christdemokraten. Zudem konnte die AfD die meisten früheren Nichtwähler mobilisieren. Die Linke profitierte am meisten von einer Abwanderung aus dem SPD-Lager. Die FDP jagte hingegen vor allem der CDU Wähler ab. Die größten Verluste müssen die Liberalen zu Gunsten der AfD hinnehmen. Die Grünen bekamen neben den Stimmen der ehemaligen SPD- und CDU-Wähler auch einen großen Anteil der Erstwähler (46.000 Stimmen), unter denen sie die mit Abstand beliebteste Partei sind. Auf die Frage, ob die Wähler ihre Partei aus Überzeugung oder aus Enttäuschung über andere Parteien wählten, zeigten sich vor allem die CDU-Anhänger als vergleichsweise treu. 76 Prozent von ihnen gaben laut Infratest dimap Überzeugung als Wahlmotivation an. Bei SPD und Grünen waren es etwas weniger (66 und 65 Prozent), bei der AfD waren hingegen nur 29 Prozent wirklich überzeugt. Schwerer wog bei den AfD-Wählern in Hessen demnach die Enttäuschung über andere Parteien. 62 Prozent von ihnen gaben dies als Motivation an. Bei SPD und Grünen lag der Wert knapp unter 30 Prozent, bei der CDU nur bei 18 Prozent. Etwa



jeder vierte Wähler der Grünen ist zwischen 18 und 24 Jahre alt. Im Vergleich zur Wahl 2013 ist das ein Plus von zwölf Prozent und der deutlichste Zuwachs. Auch das geht aus den Infratest-dimap-Daten hervor. Damit liegen die Grünen in der Altersklasse deutlich vorne, danach kommt die CDU mit 17 Prozent, bei der Linken, FDP und AfD



ist nur jeder Zehnte dem jüngsten Wählerlager zuzurechnen. CDU und Sozialdemokraten waren hingegen bei den Wählern, die schon 60 Jahre und älter sind, am erfolgreichsten. Die CDU bekam 35 Prozent ihrer Stimmen von älteren Wählern, bei den Genossen sind es 26 Prozent. Bei den Grünen sind es hier hingegen nur 14 Prozent. Die AfD holte aus dem Bereich der Wähler zwischen 35 bis 59 Jahren die meisten Stimmen. Die FDP verbesserte sich in allen Altersgruppen unter 60 Jahren. Die Liberalen punkteten besonders in der jüngsten Wählergruppe, wo sie ein Ergebnis von zehn Prozent erreichten und sich um sechs Prozentpunkte verbesserten. CDU und SPD verloren etwa gleichviele Stimmen bei Männern und Frauen. Das Minus liegt bei beiden bei etwa elf Prozent. Am deutlichsten konnten die Grünen hingegen bei den weiblichen Wählern punkten (plus zehn Prozent), aber auch die AfD (plus sieben Prozent). Der Zuwachs für die AfD ist unter den Männern allerdings noch deutlicher. Da legte die Partei um elf Prozent zu und liegt nun bei 16 Prozent.



Im Vergleich entschieden sich nur zehn Prozent der Frauen in Hessen für die AfD. In keiner anderen Partei ist der Unterschied so deutlich ausgefallen. Ein Blick auf die Aufschlüsselung nach Tätigkeit zeigt: Nicht mehr die SPD, sondern die AfD ist bei den Arbeitern in Hessen die meistgewählte Partei. 22 Prozent von ihnen setzten ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten, bei der AfD waren es 24 Prozent. Die Grünen hingegen bekamen mehr als ein Viertel ihrer Stimmen von Beamten, fast ebenso viele ihrer Wähler sind Angestellte oder Selbstständige. Die CDU punktete am meisten bei den Rentnern (37 Prozent). Die SPD holte ebenfalls unter den Rentnern ihre meisten Stimmen (28 Prozent). Bei der Bildung der Wähler zeigt sich, dass vor allem solche mit hoher Bildung die Grünen wählten (26 Prozent). Die CDU liegt fast gleichauf mit den Grünen (25 Prozent). Wähler mit niedriger Bildung entscheiden sich vor allem für CDU (31 Prozent), SPD (27 Prozent) und die AfD (20 Prozent).

Zeichnung:
Stuttman



"Es wird sich noch als geschichtlicher Irrtum erweisen, das dem demokratischen Sozialismus zugrunde liegende Ideal die Zusammenfügung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als überholt abtun zu wollen. Manche werden sich noch wundern, als wie abwegig sich ihre Grabgesänge erweisen." - **Willy Brandt**



Bildquelle: willy-brandt.de

Abgeordneter für die Hamburgische Bürgerschaft für den Wahlkreis 12 Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop

Abgeordnetenbüro Bramfeld

Bramfelder Abgeordneter: Jens Schwieger
Bramfelder Chaussee 312 | 22177 Hamburg
Telefon: 040 – 63 91 76 79
E-Mail: buero@schwieger-hamburg.de



SPD-Fraktion Bezirksversammlung Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 682 67 784
E-Mail: spdfrak-wandsbek@t-online.de



SPD-Kreisbüro Wandsbek

Schloßstraße 12 | 22041 Hamburg
Telefon: 689 44 511
E-Mail: hh-wandsbek@spd.de



SPD-Landesorganisation Hamburg

Kurt-Schumacher Allee 10 | 20097 Hamburg
Telefon: (040) 280 848 - 0
Fax: (040) 280 848 - 18
E-Mail: kontakt@spd-hamburg.de

